

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
2. Schellberg'sche Hofbuchdruckerei, „Tagblatt-Haus“.
Geschäftstage: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Samstags vor u. nachmittags
Preisprophet-Sammel-Nr. 10631.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Für eine Bezugszeit von 2 Wochen 80 R.-M., für einen Monat R.-M. 1.70, aus-
schließlich Zustellungsgebühr. — Bezugsstellen nehmen an: der Verlag, die Ausgabebehalter,
die Träger und alle Postanstalten. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder
Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises. —

Anzeigenpreise: Ortsliche Anzeigen 20 R.-M., auswärtige Anzeigen 30 R.-M., örtliche Reklamen
R.-M. 1.—, auswärtige Reklamen R.-M. 1.50 für die einseitige Anzeigenzeile oder deren Raum.
Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr
übernommen. — Schluss der Anzeigenannahme 10 Uhr vormittags. Größere Anzeigen müssen
spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden. —

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Rassaas.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Nr. 192.

Samstag, 16. Juli 1932.

80. Jahrgang.

Kabinettsrat über Genf.

Der Kampf um die Vertragsformel. — Deutschlands Forderungen. — Die Innenpolitik.

Preußen und der Rundfunk.

as. Berlin, 15. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Das Reichskabinett wird heute nach der Rückkehr des Kanzlers v. Papen aus Neudorf zusammentreten. Eine sehr wesentliche Rolle in den Verhandlungen des Kabinetts dürfte das Abrüstungsproblem spielen. Bekanntlich ist man in Genf im Begriff, sich zu vertragen und zwar ohne irgendwelche bindenden Entschlüsse. Wenn es nach dem Willen gewisser Staaten geht, wird man keinerlei Maßnahmen beschließen, sondern lediglich eine Resolution annehmen, die den Mißerfolg der Abrüstungskonferenz durch einige Fragen verschleierte. Es kann nicht Sache Deutschlands sein, dieses Spiel zu unterstützen.

Sollte wirklich der Versuch gemacht werden ohne die Feststellung gewisser Abrüstungsgrundsätze, insbesondere auf dem Gebiet der qualitativen Rüstungsbeschränkung, das heißt, der Abschaffung der schweren Waffen, auseinanderzugehen, so wird die deutsche Delegation kaum in der Lage sein, einer solchen Vertragsentschließung zuzustimmen.

Deutschland muß seine Forderung nach Gleichberechtigung erheben. Nun kann man gewiß nicht damit rechnen, daß jetzt in dieser Hinsicht endgültige Beschlüsse gefaßt werden, aber Deutschland muß deshalb zumindest die Forderung erheben, daß die Gleichberechtigung auf die Tagesordnung gesetzt wird, wenn im Herbst die Abrüstungskonferenz die Arbeiten wieder aufnimmt. Deutschland hat auch in Genf schon Erweiterungsvorschläge zu dem Entschließungsentwurf des schweizerischen Außenministers Benesch überreicht, mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit einer Zustimmung, wenn in der abschließenden Resolution nicht die Gleichberechtigung aller Staaten und ziffernmäßige Rüstungsbeschränkungen bzw. die völlige Abschaffung der Militärkategorie, der Tanks und der schweren Artillerie enthalten sei.

Das Kabinett wird sich auch mit der Frage befassen müssen, ob es nicht zweckmäßig ist, Reichs-

außenminister Neurath persönlich nach Genf zu entsenden, damit dieser in den letzten Tagen die Führung der deutschen Delegation übernimmt.

Diese Frage liegt umso näher, als sich der französische Ministerpräsident Herriot und der Kriegsminister Paul-Boncour in diesen Tagen nach Genf begeben, um an den weiteren Besprechungen teilzunehmen. Neben der Außenpolitik wird aber auch die Innenpolitik im Kabinettsrat eine Rolle spielen. Vor allen Dingen wird man die Umorganisation des Rundfunks besprechen. Im Innenministerium haben gestern schon Verhandlungen über diese Frage mit den Referenten der Länder stattgefunden.

Dabei hat sich ergeben, daß hinsichtlich der geplanten politischen Zentralisation im Rundfunk gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reich und den Ländern bestehen.

Man hofft aber trotz allem, die Angelegenheit schnell regeln zu können und glaubt, daß noch vor den Wahlen eine entsprechende Notverordnung erscheinen wird, wenngleich sich die praktische Durchführung nicht so schnell wird erreichen lassen. Im übrigen werden im Kabinett naturgemäß der Kanzler und der Innenminister Bericht über den Besuch beim Reichspräsidenten in Neudorf erstatten. Ganz allgemein geht die Auffassung dahin, daß auch in Neudorf die Bestellung eines Reichskommissars für Preußen bis auf weiteres nicht ins Auge gefaßt wurde, doch finden sich in rechtsstehenden Blättern immer wieder Andeutungen, daß der Reichskanzler und der Reichsinnenminister gewisse Vollmachten für besondere Fälle erhalten haben sollen. So sagt auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, der Reichspräsident habe in Neudorf auf Grund des Vortrages des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers grundsätzlich seine Zustimmung gegeben zu allen Schritten, die die Reichsregierung für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen für notwendig hält, gegeben.

Blid in die Welt.

Die Genfer Vertrags-Entschlieung.

Die letzten Tage dieses Abschnittes der Genfer Abrüstungskonferenz sind ausgefüllt mit sehr schwierigen Auseinandersetzungen. Es handelt sich um die Formel, mit der zu Anfang der nächsten Woche dieser Abschnitt der Konferenz abgeschlossen werden soll, und die zugleich die Überleitung darstellen soll zu der Wiederaufnahme der Arbeiten im Herbst. Für diesen Zweck war zuerst eine Entschlieung Simons in Aussicht genommen, die aber in den internen Genfer Beratungen inzwischen durch eine Formel abgelöst worden ist, die auf Benesch zurückgeht und die ihrerseits wieder eine Zusammenarbeit einer ganzen Hand voll Entwürfe darstellt, die von den verschiedensten Seiten dem Berichterstatter Benesch zugeleitet worden sind. Unter diesen Entwürfen bereiten besonders der deutsche und der russische Schwierigkeiten, da sie in ihren Formulierungen am weitesten gehen. Der russische Vorschlag sieht einen sehr weitestgehenden Zwang zur Abrüstung vor, die deutsche Entschlieung beruht auf der von Deutschland immer wieder verfolgten Forderung nach Gleichberechtigung. Da weder die deutsche noch die russische Delegation von ihren Formulierungen ablassen werden, ist die Aufgabe des „Allgemeinen Ausschusses der Konferenz“, der am letzten Tag dieser Woche die Vertrags-Entschlieung endgültig gestalten soll, überaus schwierig und in Genf Kreisen wird diese letzte Phase der Sommertagung als besonders kritisch angesehen. Man erwägt bereits den Ausweg, der Formel, mit der man sich verträgt, auf jeden Rückblick über die bisherigen Verhandlungsergebnisse und auf jeden Ausblick in die künftige Arbeit der Konferenz zu verzichten, sondern sich auf die Tatsache der Vertragsung und auf ein ganz allgemein gehaltenes Programm für die weiteren Arbeiten zu beschränken. Für die deutsche Delegation ist in Genf freilich eine so nahe-liegende Möglichkeit, das, was sie in Lausanne nicht erreichen konnte, noch einmal in Angriff zu nehmen, daß sie mit einem so lang- und klanglosen Abschluß des Genfer Tagungsabschnittes kaum einverstanden sein kann, weder aus außenpolitischen Rücksichten noch im Hinblick auf die Notwendigkeit, im Inneren die Unzufriedenheit, die das Lausanner Ergebnis gewedt hat, wenigstens einigermaßen weitzumachen. Es wird also um die Wochenwende noch sehr scharfe Auseinandersetzungen in Genf geben.

Die Reichskonferenz in Ottawa.

Die Mitglieder der englischen Regierung, die das Kabinett auf der Reichskonferenz in Ottawa vertreten, sind bereits unterwegs. Sie werden nicht gerade mit hochgestimmten Gefühlen die Reise angetreten haben, denn sie können sich nicht verhehlen, daß die Bewältigung der Aufgaben, die dieser Konferenz gestellt sind, ein Ding der Unmöglichkeit ist. Zwar hat man sich auch in wirtschaftspolitisch einsichtigen Kreisen des Mutterlandes von der Vorstellung befreit, daß es möglich wäre, eine autarke Wirtschaft des britischen Weltreiches in die Tat umzusetzen. Die lebhafteste Propaganda, die eine Zeit lang für diese Idee betrieben wurde, ist auffällig still geworden. Man hat verstehen gelernt, daß die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Dominien eine solche Idee nicht verwirklichen lassen, und man sieht ein, daß schon das Streben nach einer Wirtschaftsunion des britischen Weltreiches auf außerordentliche Schwierigkeiten stoßen muß. Gerade Kanada, auf dessen Boden diese erste außerhalb Londons tagende Reichskonferenz stattfindet, ist der stärkste Beweis, für die immer größer werdende wirtschaftliche Selbständigkeit und die sich vom Mutterlande immer weiter entfernenden wirtschaftlichen Tendenzen der Dominien. Diese Erkenntnisse müssen sich auch in der englischen Zollpolitik auswirken. Das Streben nach Vereinbarungen zwischen dem Mutterland und den Dominien über Dauerzölle würde nicht nur England, sondern auch die Dominien zur Kündigung einer Unzahl von Handelsverträgen nötigen, während das Ziel jeder wohlverstandenen Weltwirtschaftspolitik in dem Abbau der Zollmauern und in der Erleichterung des internationalen Verkehrs gesucht werden muß. Neben die Handels- und Zollfragen tritt als weitere Schwierigkeit auf der Reichskonferenz die Währungsfrage. Auch hier steht dem Bestreben nach Vereinheitlichung das Sonderbedürfnis der Dominien schroff entgegen.

Der Streit um Grönland.

Die norwegische Regierung hat in diesen Tagen einen Teil von Ostgrönland in Besitz genommen. Sie begründet diese Okkupation mit der Notwendigkeit, ihre Interessen gegenüber den dänischen Bestrebungen zu verteidigen, die auf eine völlige Okkupation Grönlands und auf einen Abschluß Grönlands gegenüber allen anderen Staaten hinielen. Die norwegische Regierung behauptet, daß die Dänen in dem von ihnen bereits be-

Hoersch bei Herriot.

Um die Gleichberechtigung Deutschlands.

Paris, 15. Juli. (Drahtmeldung unseres Pariser Vertreters.) Der deutsche Botschafter v. Hoersch ist heute vom Ministerpräsidenten Herriot zu einer Unterredung empfangen worden, die etwa eine Stunde dauerte. Über den Inhalt dieser Besprechung wurden keine Mitteilungen gemacht, doch verlautet aus französischer Quelle, der deutsche Botschafter habe im Auftrag der Reichsregierung Erkundigungen über die Auslegung des englisch-französischen „Vertrauensabkommens“ eingeholt. Daneben seien die deutsch-französischen Beziehungen, wie sie sich nach dem Abschluß der Lausanner Konferenz darstellen, erörtert worden. Das „Journal des Debats“ und die „Liberte“ wollen erfahren haben, daß in der heutigen Unterredung zwischen Ministerpräsident Herriot und dem deutschen Botschafter v. Hoersch gewisse Teile der Entschlieung erörtert worden seien, die in der kommenden Woche in Genf angenommen werden soll und bereits gestern Gegenstand einer eingehenden Prüfung der französischen Delegation unter Hinzuziehung der Generale Weygand und Gamelin gewesen sei. Wahrscheinlich hätten die beiden Staatsmänner auch die politischen Forderungen besprochen, die Deutschland in Genf im weiteren Verlauf der Abrüstungskonferenz vorzulegen beabsichtige, und deren zwei Hauptpunkte die Gleichberechtigung Deutschlands und die Streichung des Artikels 231 des Versailler Vertrages (Kriegsschuldparagraph) seien.

Hoover verzichtet auf 20 Prozent seines Gehalts.

Kürzung der Ministergehälter um 15 Prozent.

Washington, 15. Juli. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, erklärte heute, freiwillig auf 20 Prozent seines Gehalts ab 1. Juli zu verzichten. Somit erhält der Präsident nur noch 60 000 statt 75 000 Dollar. Die Kabinettsmitglieder, deren Gehalt bereits um 15 v. H. gekürzt wurde, erklärten sich mit einer 15prozentigen Kürzung einverstanden. Sie erhalten also künftig 12 750 bis 15 000 Dollar. Auch der Vizepräsident Charles Curtis stimmte einer Kürzung seines bisher 10 000 Dollar betragenden Gehalts um 15 v. H. zu.

Die englisch-französische Vereinbarung.

Erklärung des englischen Außenministers vor dem Völkerbundsrat.

Genf, 15. Juli. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung der Völkerbundratsitzung gab der englische Außenminister Sir John Simon eine Erklärung über die englisch-französische Vereinbarung ab. Er gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß Italien und Belgien der Einladung zum Beitritt bereits gefolgt seien und betonte, daß die Einladung sich nicht etwa auf die Lausanner einladenden Mächte beschränkte, sondern auch für andere Staaten gelte. Sir John Simon erklärte, er sei überzeugt, daß die von Großbritannien inaugurierte Methode der Zusammenarbeit zu einer Stärkung des Völkerbundes führen werde und in diesem Rahmen insbesondere zu einer Vertiefung der Arbeiten der europäischen Studienkommission, deren Begründer Briand sie sicherlich als einen neuen Schritt zu einer europäischen Zusammenarbeit begrüßt haben würde.

Polen und das Vertrauensabkommen.

Jaleski in Paris.

Paris, 15. Juli. Der polnische Außenminister Jaleski ist heute vormittag in Paris angekommen. Man darf sich wohl fragen, ob diese unerwartete Ankunft des polnischen Außenministers mit der Frage des englisch-französischen Vertrauensabkommens in Zusammenhang steht, das nach Ansicht rechtsstehender französischer Kreise bekanntlich auch Ländern wie Polen offenstehen soll. Die Tatsache, daß Sir John Simon im Unterhause nur Deutschland, Italien und Belgien als die Länder aufgeführt hat, die dem Abkommen beitreten sollen, ist bereits Gegenstand einer kritischen Behandlung geworden. Im übrigen zeigt es sich nach der Einstellung politischer Kreise gegenüber der Tatsache, daß die linksstehenden Elemente, namentlich die Sozialisten, über das englisch-französische Abkommen etwas beruhigter sind, immer mehr, daß es sich bei dem Abkommen tatsächlich um einen konsultativen Pakt handelt und daß alle Beschwichtigungsvorläufe, dem Paragraph 1 des Abkommens einen begrenzten Charakter zu geben, doch wohl nicht dem Geiste der beiden Urheber des Vertrages, MacDonald und Herriot, entsprochen hätten.

letzten Teil Grönlands sehr rücksichtslos gegen die Fischer und Jäger anderer Nationen vorgehen und daß man befürchten müsse, die in diesem Jahr ausgesandten und mit besonderen polizeilichen Befugnissen ausgerüsteten dänischen Expeditionen — eine von ihnen leitet der bekannte Forscher Knud Rasmussen — würden diese Methoden über das ganze Gebiet Grönlands verbreiten. In Dänemark ist man über die norwegische Aktion lebhaft erregt, zumal gerade vor einem Jahr Norwegen schon einmal grönländisches Gebiet okkupiert hat, auf das Dänemark Anspruch erhebt. Über den Streit zwischen den beiden Regierungen um die Staatsoberhoheit über die strittigen Gebiete in Ostgrönland schwebt ein Verfahren vor dem Haager Schiedsgerichtshof. Es scheint, daß jede der beiden Regierungen das tut, was sie der anderen zum Vorwurf macht, daß sie nämlich versucht, durch die Schaffung vollendeter Tatsachen den Spruch, den man im Haag erwartet, zu beeinflussen.

Der Konflikt in Chargin.

Der japanische Wirtschaftsberater der mandschurischen Behörden in Chargin hat mit Hilfe japanischer Militärs das Gelände der ostchinesischen Bahn in Chargin und den Umschlagshafen, der damit in Verbindung steht, besetzt und hat durchgekehrt, daß die russischen Firmen, die dort tätig sind, ihre Verladungen einstellen mußten. Die mandschurischen Behörden haben die Transportanlagen einer japanischen Firma zur Verfügung gestellt, die aufs engste mit der südmandschurischen Bahn zusammenarbeitet. Damit sind die russischen und die japanischen Wirtschaftsinteressen in der Mandschurei zum ersten Male in offenen Konflikt gekommen, der selbstverständlich politische Weiterungen nach sich ziehen wird. Die Japaner fühlen sich offenbar stark genug, diesen Kampf in Gang zu bringen.

Herriot über die Lausanner Konferenz.

Schroffe Ablehnung der politischen Bedingungen.

Paris, 15. Juli. Am Schluß der heutigen Senats-Sitzung sprach Ministerpräsident Herriot über die Lausanner Konferenz. Er betonte, daß am 16. Juni die Lage ernst gewesen sei. Frankreich habe sich bemüht, das Moratoriumsproblem herauszustellen. Deutschland habe durch seine qualifizierten Vertreter erklärt, daß es niemals mehr bezahlen wolle. Frankreich habe dafür gesorgt, daß der Begriff Moratorium auf die Dauer der Konferenz beschränkt bleibe und habe den Grundsatz der Verbindung zwischen den Reparationsproblemen und dem Problem der französischen Schulden bei Amerika durchgehalten wollen. Dies sei in Lausanne gleich zu Beginn der Konferenz geglückt. Außerdem sei die französische These von der feierlichen Aufrechterhaltung der Vertragsgrundsätze, die zur Organisierung der Neuen Welt führen müssen, anerkannt worden.

Herriot schloß, nach längeren Bemühungen sei es der französischen Delegation gelungen, in Lausanne eine Vereinbarung über die Notwendigkeit einer Pauschalzahlung durchzuführen. Gegen die von Deutschland vorgebrachten politischen Bedingungen habe Frankreich Widerstand geleistet und in keiner Hinsicht in dieser Beziehung die geringste offene oder versteckte Hoffnung aufkommen lassen. Das Werk von Lausanne bestehe aus drei Teilen: im Mittelpunkt stehe das Finanzabkommen mit Deutschland; zweitens das gentlemen's Agreement; wenn Amerika die Lausanner Vereinbarungen nicht anerkenne, dann werde jedes Land seine eigene Handlungsfreiheit wiedergewinnen; drittens, das englisch-französische Abkommen über eine enge herzliche Zusammenarbeit. Man müsse mit England zu einer Verständigung in der Zolltariffrage kommen. Um in den europäischen Staaten Ordnung zu schaffen, sei die Verständigung zwischen Frankreich und England notwendig.

Die Unterbringung der Lausanner Zinsverschreibungen.

Unter Ausschluss fremder Garantie.

Berlin, 15. Juli. Um ausdrücklich sicherzustellen, daß die Unterbringung der Schuldverschreibungen der Lausanner Abkommens nicht durch Garantien fremder Länder oder auf ähnliche Weise ermöglicht oder erleichtert wird, ist am 8. Juli in Lausanne von den Sachverständigen der sechs einladenden Mächte protokolllarisch festgelegt worden, daß jede Ausgabe deutscher Regierungsschuldverschreibungen ausschließlich auf der Grundlage des deutschen Kredits erfolgen muß.

Keine Währungsexperimente.

Dr. Luther lehnt nach wie vor jede künstliche Maßnahme ab.

Berlin, 15. Juli. Im Währungsinstitut der Hochschule Berlin hielt heute abend Dr. R. Prion einen längeren Vortrag über das „Deutsche Währungsproblem.“

In der anschließenden Diskussion betonte Reichsbankpräsident Dr. Luther, daß die Menschheit bisher noch aus jeder Wirtschaftskrise herausgekommen sei. Es handle sich für Deutschland nur darum, ob dies Herauskommen aus der Krise auf natürlichem Wege oder unter Zwischenhaltung der mehrfach propagierten Kreditausweitung vor sich gehen solle. Die Reichsbank lehne in dieser Hinsicht nach wie vor jede künstliche Maßnahme ab. Zum Unterschied gegen die Vereinigten Staaten habe Deutschland einmal kein Gold, um eine Kreditausweitung ohne Gefahr durchführen zu können, und zum zweiten habe man hier die Erfahrung einer Inflation hinter sich. Was die Deutschland vorgeworfenen Kapitalfluchtinvestitionen betreffen, so sei daran zu erinnern, daß der Eisenbahnbau im vorigen Jahrhundert gleichfalls eine Kapitalfluchtinvestition riesigen Ausmaßes gewesen sei, die sich später doch als produktiv erwiesen habe. Den natürlichen Ausweg aus der Krise sollte man nicht hemmen. Die Reichsbank könne kein Programm anerkennen, durch dessen Verteidigung man den Glauben an die Stabilität der Währung erschüttern könne.

Die österreichische Anleihe vom Völkerbundsrat genehmigt.

Der deutsche Vertreter enthält sich der Stimme.

Gegen politische Bindungen.

Genf, 15. Juli. Der Völkerbundsrat hat heute nachmittag das Protokoll über die neue 300-Millionen-Schilling-Anleihe für Österreich angenommen. Der deutsche Vertreter, Gesandter Göppert, enthielt sich der Stimme. Er begründete seine Stimmenthaltung mit folgenden Ausführungen:

Die zur Erörterung stehende Anleihe basiert auf dem Protokoll, das anlässlich der damaligen Völkerbunds-anleihe für Österreich (d. h. im Jahre 1922) vereinbart worden ist. Deutschland war zu jener Zeit nicht Mitglied des Völkerbundes und ist an den diesbezüglichen Verhandlungen in keiner Weise mitbeteiligt gewesen.

Die deutsche Regierung sieht sich nicht in der Lage, sich dem Protokoll ihrerseits anzuschließen. Der Internationale Gerichtshof im Haag hat bekanntlich im vergangenen Jahre keineswegs zu einer einhelligen Auffassung über die Tragweite des Protokolls gelangen können. Dapon abgesehen ist die deutsche Regierung der Ansicht, daß eine finanzielle Hilfsaktion nicht mit politischen Bindungen irgend welcher Art verquickt werden sollte.

Aus diesen Gründen kann die deutsche Regierung dem vorliegenden Antrag nicht beitreten. Am indes die hier in Rede stehende Anleiheaktion nicht zu hören, werde ich mich der Stimme enthalten.

Die deutsche Regierung hofft übrigens, an der Sanierung Österreichs auch ihrerseits durch eine finanzielle Transaktion beitragen zu können.

Die Bedingungen.

Die Dauer der Anleihe beträgt 20 Jahre. Abgesehen von der Priorität, die für die Anleihe vom Jahre 1923 sowie für die Relief-Kredite und die Anleihe vom Jahre 1930 besteht, wird der Dienst durch die Sicherheiten gedeckt, die für die Anleihe vom Jahre 1923 in Anspruch genommen worden sind. Der Ertrag der Anleihe soll zum größten Teile zur Rückzahlung der kurzfristigen Schulden verwendet werden.

Die österreichische Regierung verpflichtet sich in dem Protokoll, die nötigen Maßnahmen zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Budget zu ergreifen und eine Budget- und Finanzreform durchzuführen. Die österreichische Währungspolitik setzt sich, so heißt es in dem Protokoll weiter, das Ziel, in möglichst kurzer Zeit den Unterschied zwischen der Bewertung des Schillings im Inlande gegenüber dem Auslande aufzuheben. Die Regelung des Verhältnisses bei der Kreditanstalt sei ein wichtiger Teil des Reformprogrammes.

Die einzelnen Artikel des Protokolls werden mit einer Präambel eingeleitet, in der es heißt, daß die das Protokoll unterzeichnenden Staaten bereit sind, die erbetene Hilfe zu

gewähren. Diese Staaten, einschließlich Österreichs, so heißt es in dem Protokoll wörtlich, erklären, diese Hilfe auf das Protokoll vom 4. Oktober 1922 zu gründen mit allen Verpflichtungen, die es enthält.

Die Höhe der Beteiligungen der einzelnen Länder.

Die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Österreichs und Belgiens haben das österreichische Anleiheprotokoll heute unterzeichnet. Die Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens haben mitgeteilt, daß England und Frankreich mit 100 Millionen, Italien mit 30 Millionen und Belgien mit 5 Millionen Schilling an der beschlossenen Anleihe teilnehmen.

Erregte Aussprache im österreichischen Finanzausschuß.

Die Anleihefrage.

Wien, 15. Juli. Bei der Beratung des Nachtragsbudgets im Finanzausschuß des Nationalrates kam Abg. Dr. Bauer (Soj.) auf die Anleiheverhandlungen in Lausanne zu sprechen. Er verwies auf die Zeitungsmitteilungen über eine angebliche Äußerung des französischen Ministerpräsidenten, wonach Österreich für 20 Jahre freiwillig auf den Anschließungsverzicht habe, sowie auf die Nachricht, daß im Lausanner Protokoll eine Verlängerung der Bindungen des Genfer Protokolls von 1922 für die Dauer der Anleihe, also bis 1942, ausgesprochen sei.

Die Öffentlichkeit sei lebhaft darüber beunruhigt, daß dadurch nicht nur der politische Anschluß, sondern auch jede engere wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland auf so lange Zeit unmöglich gemacht sei.

In Kreisen der Regierung scheint die Meinung zu bestehen, aus der Übernahme solcher Verpflichtungen könne man ihr keine Vorwürfe machen, weil die deutsche Reichsregierung dabei mittelbar irgendwie mitgewirkt hätte. Das sei durch aus nicht seine Meinung. Der Redner wandte sich in scharfen Wendungen gegen die Haltung der deutschen Delegierten, denen er Zweideutigkeit vorwarf, und erklärte, daß die Verantwortung der österreichischen Regierung dadurch nicht geringer werde.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß antwortete darauf, daß er vor Behandlung der Anleiheangelegenheit im Völkerbundsrat den Text des Anleihevertrages nicht veröffentlichte. Zur angeblichen Erklärung des französischen Ministerpräsidenten werde er sich äußern, sobald der authentische Text vorliege; denn bisher sei man nur auf einander widersprechende Zeitungsberichte angewiesen. Über das Protokoll selbst könne er zurzeit nur in einer vertraulichen Sitzung Mitteilung machen.

Das Siedlungsjahr 1932.

Nur 5000 bis 6000 Siedlerstellen.

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Der wichtigste Abschnitt des Siedlungsjahres 1932, das Frühjahr, ist bereits abgeschlossen. Die Siedlung wird gegenüber den Vorjahren einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen haben. Während in den Vorjahren 10 000 bis 12 000 Siedler angeheuert werden konnten, rechnet man in amtlichen Stellen, daß in diesem Jahre von Reichsseite nur 5000 bis 6000 Siedlungen eingerichtet werden können. Die Aussichten, daß bis zum Herbst diese Zahl noch erhöht werden könnte, sind sehr gering. Hinzu kommt, daß die Umstellung in der Siedlungspolitik, die mit dem Regierungswechsel eintrat, nicht so schnell durchgeführt werden konnte, wie vielfach angenommen wurde. Zwar hat Ministerialdirektor Reichert mit seiner Abteilung im Reichsernährungsministerium die Vorarbeiten sehr weit gefördert, jedoch sich das Reichskabinett in der kommenden Woche nach Abschluß der Arbeitsbeschaffungsfrage bereits mit der Siedlungsbefähigung wird. Doch erscheint es nach Meinung unterrichteter Kreise noch sehr zweifelhaft, daß das Kabinett in der nächsten Zeit schon zu einem positiven Ergebnis kommt. Die rechtliche Vereinfachung der Siedlungslinien, die unbedingt nötig war, ist schon ziemlich weit vorgeschritten. Mit der Siedlungsfrage, die eng mit der Osthilfe verbunden ist, stehen eine ganze Reihe komplizierter Fragen in Verbindung. So der freiwillige Arbeitsdienst, die Regelung der Siedlungsbank, die eigentliche Osthilfe, schließlich auch die Zollpolitik.

Abberufung aus einem geschäftsführenden Kabinett unzulässig.

Eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes.

Darmstadt, 15. Juli. Die amtlichen Landtagsabgeordneten Rechtsanwältin Jung namens der nationalsozialistischen Fraktion des hessischen Landtags führte Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich auf Durchführung eines Landtagsbeschlusses, der die Abberufung des Innenministers Leuchner forderte, ist in der Sitzung des Staatsgerichtshofes vom 24. Juni unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Bumke abgewiesen worden. Damit ist grundsätzlich entschieden, daß aus dem geschäftsführenden Kabinett in Hessen ein einzelner Minister vom Landtag nicht abberufen werden kann. Der Staatsgerichtshof hat sich im wesentlichen der Beweisführung der hessischen Regierung angeschlossen.

Thüringen wählt seinen Landtag am 31. Juli.

Änderung der Wahlordnung.

Weimar, 15. Juli. Der Landtag von Thüringen beschloß am Freitagnachmittag bei Stimmenthaltung, der Deutschen Volkspartei und des Staatsparteilagers mit den Stimmen aller übrigen Abgeordneten seine Auflösung zum 30. Juli d. J. und zugleich damit die Zusammenlegung der Landtagswahl für den nächsten Thüringer Landtag mit der Reichstagswahl auf den 31. Juli. Die Änderung der Wahlordnung, die eine Neuwahl in so kurzer Frist ermöglichen soll, wurde dem Innenministerium überlassen.

Kurze Umschau.

Adolf Hitler begann am Freitag seine große Propagandareise durch Deutschland mit Wahlreden in Tilsit und Gumbinnen.

Der französische Senat hat am Freitagabend den Finanzengesetzentwurf in der von der Kammer verabschiedeten Form angenommen.

Der Vizekönig von Indien, Lord Irwin, ist als Nachfolger des verstorbenen Maclean zum englischen Unterrichtsminister ernannt worden.

Die Besprechungen zwischen Premierminister MacDonald und dem irischen Ministerpräsidenten de Valera, der nach London gekommen war, verliefen ergebnislos.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat den Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angenommen. Präsident Hoover hat zu verstehen gegeben, daß er trotz seiner Bedenken gegen diese Klausel das Gesetz unterzeichnen werde.

Die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz.

Beauftragung eines Organisations-Ausschusses.

Genf, 15. Juli. Der Völkerbundsrat beschloß, dem Wunsch der Lausanner Konferenz über die Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz durch den Völkerbund zuzustimmen. Die Vorbereitung der Konferenz wird einem Organisationsausschuß überwiesen, der sich aus Mitgliedern des Völkerbundsrates zusammensetzt und dem auch Deutschland angehört. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde der Vertreter Großbritanniens ernannt. Schließlich hat der Rat noch entschieden, in den in Lausanne grundsätzlich beschlossenen Sachverständigenausschuß, dem auch die materielle Vorbereitung der Konferenzprogramms übertragen werden soll, sechs Wirtschafts- und Finanzsachverständige des Völkerbundes zu delegieren.

Die Beratungen über die Zivilluftfahrt.

Völlig festgefahren.

Genf, 15. Juli. Der Unterausschuß der Luftkommission der Abrüstungskonferenz hielt heute wieder eine Sitzung ab. Die Beratungen, die sich hauptsächlich auf die Reglementierung der Zivilluftfahrt beziehen, sind völlig festgefahren. Die Mehrheit des Ausschusses weigert sich hartnäckig, die Bestimmungen, die Deutschland seinerzeit von der Völkerbunds-Konferenz außerlegt worden sind, um die deutsche Zivilluftfahrt zu „entgiften“, auch für die anderen Staaten anzunehmen. Der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Brandenburg, griff heute vormittag nochmals die deutsche Forderung eines völligen Verbots des Bombenabwurfs aus der Luft auf und wies darauf hin, daß dies das wirksamste Mittel sei, um die militärische Verwendung der Zivilluftschiffahrt zu unterbinden.

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Statistisches vom Finanzamt. — Die Schäden der Binnenmarktpolitik. — Steigende englische Konkurrenz. Deutschland als Farbenproduzent. — Spartätigkeit früher und jetzt.

Von der Lohn- und Einkommensteuerstatistik wurden im Jahre 1928 über 28 Millionen Steuerzahler erfasst. Von diesen Steuerzahlern hatten damals 6000 ein Jahreseinkommen von über 100 000 RM, 13 000 ein Einkommen von 50 000—100 000 RM, 46 000 ein Einkommen von 25 000—50 000 RM, 79 000 ein Einkommen von 16 000 bis 25 000 RM, 93 000 ein Einkommen von 12 000—16 000 RM, 279 000 ein Einkommen von 8000—12 000 RM, 969 000 ein Einkommen von 5000—8000 RM, 2,9 Millionen ein Einkommen von 3000—5000 RM, 7,2 Millionen ein Einkommen von 1500—3000 RM und 16,5 Millionen ein Einkommen unter 1500 RM. Von diesen Steuerzahlern waren also 59 Proz. in der niedrigsten Gruppe (unter 1500 RM Einkommen), 26 Proz. in der zweitniedrigsten Gruppe (1500 bis 3000 RM Einkommen) und 10 Proz. in der drittniedrigsten Gruppe (3000—5000 RM Einkommen).

Während von den insgesamt 28 Millionen Steuerzahlern über 26,5 Millionen oder 95 Proz. in die drei niedrigsten Gruppen fielen, hatten nur 8000 oder 0,02 Proz. das Einkommen der höchsten Gruppe. Diese Zahlen zeigen, wie dünn in Deutschland die hohen Einkommen gesät sind. Sie beweisen aber auch, wie notwendig es ist, selbst die niedrigsten Einkommen schon zur Lohn- und Einkommensteuer heranzuziehen.

Würde etwa die Steuerpflicht erst bei einem Einkommen von 3000 RM beginnen — wie gelegentlich von politischen Parteien gefordert wurde —, dann würden von den 28 Millionen Steuerzahlern nicht weniger als 23,7 Millionen oder 85 Proz. ausfallen. Man ersieht hieraus die Unmöglichkeit einer Befreiung der kleinen Einkommen. In welchem Umfange Steuern hinterzogen wurden, geht aus dem jetzt veröffentlichten Ergebnis der Steueramnestie hervor. Man kann ohne weiteres annehmen, daß nur ein Teil der Steuerhinterzieher der Aufforderung zur Restanzzeige gefolgt ist, obwohl die Strafvorschriften nach Ablauf der Amnestiefrist sehr verschärft wurden. Das Ergebnis ist darum nur um so beachtlicher.

Für das Jahr 1930 wurden 132 Millionen RM Einkommensteuer amnestiert! Dieser Betrag entspricht einem vorher der Einkommensteuer entzogenen Einkommen von weit über 1 Milliarde RM!

Gleichzeitig wurde bekanntlich auch die Vermögenssteuer amnestiert. Hierbei wurden Vermögenswerte von 2,1 Milliarden RM angegeben, wonach fast 0,9 Milliarden RM oder 43 Proz. auf bisher verheimlichte ausländische Beteiligungen entfielen. Da die Amnestie auch indirekt gewährt wurde, wenn für die hinterzogenen Vermögens der Reichsbahnanteile gezeichnet wurde, kann man noch weitere 250 Millionen RM als hinterzogene Vermögen annehmen, so daß man auf einen Gesamtbetrag der angemeldeten oder in Reichsbahnanteile umgewandelten bisher der Vermögenssteuer entzogenen Vermögenswerte von 2,35 Milliarden oder 2350 Millionen RM kommt. Der besondere Erfolg der Vermögenssteueramnestie beruht auf der Angabe der 900 Millionen RM Auslandsbeteiligungen, die zum größten Teil auf die Kapitalflucht der letzten Jahre entfallen.

In einem umfassenden Vortrag über die Wirtschaftslage nahm der Vorsitzende der Rheinischen Bankenvereinigung, der Kölner Bankier Dr. Biedermann, auch Stellung zu der heute so wichtigen Frage der Beschränkung des internationalen Handels. Eine notwendige internationale geld- und währungspolitische Gemeinschaftsaktion kann nur der Ausgangspunkt für eine weltwirtschaftliche Vereinigungsmäßnahme sein. Wir müssen also zu einer Befreiung der vielfachen Handelshemmnisse gelangen, insbesondere der überhöhten Zölle und der Einfuhrkontingentierungen. Nicht weiter das Rad in der falschen Richtung treiben. Sich ihm in die Speichen werfen mit dem heroischen Willen, es wieder rückwärts zu drehen, das ist das Gebot der Stunde. Spontane, überraschende Erfolge sind freilich ausgeschlossen. Was in zwei Jahrzehnten sich in zerstörerischem Wirken vollzog, kann nicht von heute auf morgen umgekehrt gemacht werden. Doch das darf nicht Anlaß sein, in müder Ergebnislosigkeit die Dinge weiter laufen zu lassen. Deutschlands Lage ist bei dem Mangel wichtigster, auf eigenem Boden niemals erzeugbarer Rohstoffe so, daß Binnenmarkt und Außenmarkt stets sich ergänzen müssen.

Darum kann man auch keine Störung des Binnenmarktes erzielen durch Mittel, die — wie Einfuhrzölle — auf Kosten des Außenmarktes gehen. Deutschland vermag nur im Zeichen der Weltwirtschaft wieder groß zu werden und darum muß es mit allen Mitteln gegen die Kräfte ankämpfen, die die Weltwirtschaft zu zerstören suchen.

Feitzstellungen aus der Praxis bestätigen diese theoretischen Erwägungen. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenambibat berichtete in der letzten Mitgliederversammlung über den im Ruhrbergbau und auch in den anderen deutschen Revieren ungünstigen Abfall. Der Wettbewerb verschärfte sich nicht nur innerhalb Deutschlands sondern auch mit dem Ausland. Gegen die Einfuhr aus England hat die deutsche Regierung mit einer verschärften Kontingentierung helfen wollen. Daraus hat sich aber nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Regierungen entwickelt (die demnächst ein Schiedsgericht beschäftigen wird), auf der anderen Seite hat sich eine unangenehme Hemmung der deutschen Ausfuhr ergeben. Frankreich und Belgien haben die Einfuhr aus Deutschland kontingentiert. Holland, die Schweiz, Italien,

die nordischen Länder haben zu den verschiedensten Einfuhrerschwerungen gegriffen.

In allen diesen Ländern verbreitet sich eine starke Stimmung gegen die deutsche Zoll- und Devisenpolitik, die nicht nur der deutschen Kohlenausfuhr sehr schädlich ist, sondern auch unserer mittelbaren Kohlenausfuhr, insofern, als die auf Ausfuhr eingestellten deutschen Industriezweige ebenfalls leiden und deshalb weniger Kohle verbrauchen.

Der Ruhrbergbau sieht, wie diese Entwicklung seine Lebensfähigkeit immer weiter untergräbt und erhebt schärfsten Widerspruch dagegen, daß durch eine einseitige binnenmarktorientierte Politik eine weitere Schädigung der Ausfuhrinteressen erfolgt, die einen gewaltigen Teil der deutschen Volkswirtschaft und Volkswohlstand bilden.

Von der gegenwärtigen Mordrichtung, die besonders bei Damenbekleidung wieder Wollfaserzeugnisse bevorzugt, müßte eigentlich die deutsche Wollindustrie profitieren. Es zeigt sich aber, daß die englische Konkurrenz der deutschen Wollindustrie nicht nur im Ausland die Absatzmärkte zu entreißen droht, sondern auch im inländischen deutschen Markt gefährlich wird. Die deutsche Wollgewebeausfuhr ging zurück von 18 790 dz im Monatsdurchschnitt des Jahres 1931 auf 10 924 dz im Monatsdurchschnitt des ersten Viertelsjahres 1932 und auf 9274 dz im Mai 1932. Die deutsche Ausfuhr nach England ging in denselben Zeiträumen zurück von 5220 dz auf 191 dz und 80 dz, d. h. der englische Anteil an der gesamten deutschen Wollgewebeausfuhr fiel von 28 Proz. im Jahre 1931 auf 1,7 Proz. im ersten Vierteljahr 1932 und auf 0,9 Proz. im Mai 1932, wobei zu berücksichtigen ist, daß diese gesamte Ausfuhr selbst auf die Hälfte des Vorjahres zurückgegangen ist. Für die deutsche Wollindustrie ist diese Entwicklung um so schlimmer, als der englische Anteil an dem deutschen Markt sogar noch gestiegen ist. Zwar ging die englische Wollgewebeausfuhr nach Deutschland von 1200 dz im Monatsdurchschnitt 1931 auf 600 dz im Mai 1931 gerade auf die Hälfte zurück, aber prozentual ist der englische Anteil an der deutschen Einfuhr von 40 Proz. auf 47 Proz. gestiegen. Hiermit muß man den auf England entfallenden Anteil an der deutschen Ausfuhr, (0,9 Proz. statt 28 Proz.), vergleichen! Bei Wollgarnen hat England von seiner monatlichen Einfuhr nach Deutschland von 4000 dz überhaupt nichts eingebüßt, wodurch der englische Anteil an der deutschen Wollgarnausfuhr sogar von 43 Proz. auf 55 Proz. stieg. Die deutsche Wollgarnausfuhr nach England ist in der gleichen Zeit von 10 Proz. auf Null gefallen.

Wie England die deutsche Ausfuhr aus wichtigen Absatzmärkten verdrängt, zeigen die deutschen Ausfuhrzahlen in den ersten fünf Monaten des Jahres 1931 und in demselben Zeitraum des Jahres 1932. In diesen Zeitabschnitten ist die deutsche Wollwarenausfuhr gesunken nach Holland von 15 160 dz auf 13 362 dz, nach Dänemark von 6634 dz auf 4430 dz, nach Schweden von 6278 dz auf 3573 dz und nach Norwegen von 2562 dz auf 1713 dz. Zweifellos ist an dieser Entwicklung auch die deutsche Zollpolitik schuld, die einen Teil der deutschen Produktion schützen will, während sie andererseits ebenso wichtige Wirtschaftsteile empfindlich schädigt.

Die hier angeführten Zahlen sind eine weitere Bestätigung des oben über die Schäden der Binnenmarktpolitik Gesagten.

Ein Zweig der deutschen Industrie hat nach wie vor eine bevorzugte Stellung. Das ist die deutsche Farbenindustrie. Diese ist selbst von den Auswirkungen der Weltkrise im großen und ganzen verschont geblieben.

Deutschland exportierte im Jahre 1931 noch 323 000 dz Farben für 144 Millionen RM, stand also mit einem Anteil von fast 60 Proz. der Lieferung sämtlicher Farben produzierenden Länder noch bei weitem an erster Stelle. An zweiter Stelle kommt die Schweiz mit bereits nur 19 Proz., an dritter Stelle rangieren die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit etwas über 7 Proz., an vierter Stelle England mit 6 Proz., an fünfter Stelle Frankreich mit 4 Proz. und an sechster Stelle Italien mit 1 1/4 Proz.

Bewegungsfreiheit für die deutsche Wirtschaft durch Lausanne.

Die Ansicht des Konjunkturforschungsinstitutes.

Das Inkrafttreten des Lausanner Vertrages ist, nach Ansicht des Institutes für Konjunkturforschung ein bedeutender Schritt zur Vereinigung der Weltwirtschaft von den Kriegsfolgen. Selbst eine völlige Streichung der Reparationen hätte — zahlungsbilanzmäßig gesehen — die Lage, wie sie seit dem Beginn des Hoover-Jahres bestand, für den Augenblick nicht geändert. Die alten Probleme der deutschen Wirtschaftspolitik bestehen daher nach wie vor in vollem Umfange. Der Vertrag von Lausanne hat indessen doch geholfen, die Aussichten der deutschen Wirtschaft zu klären. Durch die im Vertrag festgelegte Schonfrist bis zur Mitte des Jahres 1935 ist für die deutsche Wirtschaft und den Staatshaushalt die Bewegungsfreiheit zur Durchführung eines umfassenden Wiederaufbauprogrammes gegeben. Und selbst nach Ablauf dieses Zeitraumes werden die Leistungen Deutschlands — im günstigsten Falle jährlich etwas

Im Jahre 1932 ist die deutsche Farbensausfuhr mit 105 160 dz für 49,5 Millionen RM in den Monaten Januar bis Mai gegen dieselbe Zeit des Vorjahres um 35 000 dz mengenmäßig zurückgegangen. Von diesem Rückgang entfallen aber allein 85 Proz. auf China, das 1932 nur rund 20 000 dz aufnehmen konnte gegen rund 50 000 dz in den ersten fünf Monaten des Jahres 1931. Es handelt sich hier um einen jedenfalls nur vorübergehend verlorenen Markt infolge der bekannten Verhältnisse in China. Wenn die deutsche Farbensausfuhr auch nach einigen anderen Ländern zurückgegangen ist, so sind auf der anderen Seite auch nach verschiedenen Ländern nicht unerheblich bessere Ausfuhrzahlen erzielt worden. Bei der Wichtigkeit der deutschen Farbensausfuhr innerhalb der deutschen Handelsbilanz dürften die Ausfuhrzahlen nach den wichtigsten Abnehmerländern interessieren. Sie beziehen sich jeweils auf die Monate Januar bis Mai 1931 bzw. 1932. Die Zahlen von 1931 stehen in Klammern. Es liegt die deutsche Farbensausfuhr nach Britisch-Indien auf 22 983 dz (19 220), nach Schweden auf 3939 dz (2319) und nach Österreich auf 2825 dz (2148). Dagegen fiel die deutsche Farbensausfuhr nach China auf 19 910 dz (49 969), nach der Tschechoslowakei auf 7200 dz (8550), nach England auf 4889 dz (7493), nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika auf 3905 dz (4299), nach Holland auf 3883 dz (5399), nach Japan auf 3674 dz (5226) und nach Belgien auf 2958 dz (4208). Der deutsche Binnenmarkt war weiter ein guter Abnehmer. Der bei weitem größte Farbenverbraucher ist die Textilindustrie. Die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für Farben geht auch aus der steigenden Farbensausfuhr aus der Schweiz hervor. Während diese von 1930 (Januar bis Mai) auf 1931 von 7146 dz auf 5643 dz zurückgegangen war, erhöhte sie sich in 1932 auf 9754 dz.

Nach der gewaltigen Kapitalvernichtung durch die Inflation steht seit dem Jahre 1924 wieder eine Kapitalneubildung, vor allem durch die Rücklagen der Spar- und ein. Diese konnte zweifellos die Kapitalnot Deutschlands, die sich nach der Umstellung auf Goldmark bzw. Reichsmark erwies, nicht von heute auf morgen beseitigen. Und die Kreditaufnahmen im Auslande (deren Rückführung im vorigen Jahre zwar nicht ohne Reibungen, aber per Saldo in gewaltigem Ausmaß erfolgte) hatten ja zum größten Teil nur deshalb stattgefunden, weil das neugebildete nationale Kapital den Kreditbedürfnissen noch nicht ganz entsprach. Auch heute noch besteht in Deutschland mehr Kreditnachfrage als Kapitalangebot. Aber trotz alledem muß man feststellen, daß in der kurzen Zeit seit 1924 die Spartätigkeit in Deutschland beträchtliche Erfolge erzielt hat. Dies wird am deutlichsten, wenn man die Spargergebnisse, die in langen Jahrzehnten vor dem Kriege in wirtschaftlich bedeutend besseren Zeiten erreicht worden waren mit den heutigen, deren Beginn erst acht Jahre zurückliegt, vergleicht. Sämtliche öffentlichen Sparkassen in Deutschland, unter Einschluß der 1918 abgetretenen Gebiete, hatten Ende 1913 einen Sparguthabenbestand von 19,7 Milliarden RM, der sich auf 23,9 Millionen Sparern verteilte. Ende 1931 beliefen sich bei diesen Sparkassen die Spareinlagen wieder auf 10,13 Milliarden RM, die in den acht Jahren seit 1924 von 19,1 Millionen Sparern aufgebracht wurden. Bei der Kassaulischen Sparkasse betrugen die Sparguthaben 1913: 146 Millionen RM, 1931: wieder 106 Millionen RM. Von 219 500 Sparern in 1913 hatten 1931 wieder 190 000 ein Sparkonto.

Sämtliche öffentlichen Sparkassen in Deutschland zusammengekommen haben in den acht Jahren seit 1924 wieder 51 Proz. des Guthabens von 1913 und damit das Guthaben von 1895 erreicht. Bei der Kassaulischen Sparkasse stellten sich die Spareinlagen 1931 auf 73 Prozent des Guthabens von 1913, welches dem Stande von 1918 entspricht. Diese Zahlen zeigen, daß in wenigen Jahren infolge einer eifrigen Spartätigkeit wieder ein Stand erreicht werden konnte, wie er nicht lange vor dem Krieg in drei Menschenaltern erzielt wurde.

Diese auf einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum zusammengebrachte Spartätigkeit ist nicht nur eine Folge der gegen die Vorkriegszeit erhöhten Zinsen, sondern entspringt zum größten Teil der alten Erkenntnis, daß stets in wirtschaftlich ungünstigeren Zeiten mehr gespart wird, als in guten Zeiten. In diesen ist man sorglos, macht sich weniger Gedanken um die Zukunft. In schlechten Zeiten dagegen steigt das Bestreben, einen Notgroschen zurückzulegen, auf den man nötigen Falles zurückgreifen kann. Die Kaufkraftsteigerung des Geldes begünstigt ebenfalls das Sparen!

mehr als 400 Millionen Mark — wenig mehr als ein Sechstel der Zahlungen erreichen, die nach dem Young-Plan und den verschiedenen Sonderabkommen hätten geleistet werden müssen, nämlich jährlich im Durchschnitt etwa 2,5 Milliarden Mark. Es darf freilich nicht verkannt werden, daß auch die neue Regelung zunächst noch bedeutsame Gefahrenpunkte umschließt. Eine Gefahr besteht vor allem darin, daß sich die Ratifikation durch die einzelnen Mächte verzögert, und daß dadurch die psychologischen Wirkungen zum Teil verpuffen. Außerdem wird erst die Praxis erweisen, ob die verschiedenen Einschränkungs-klauseln, mit denen die Emission der 3 Milliarden Mark Schuldverschreibungen verbunden ist, nicht zu wirtschaftshemmenden Manipulationen führen. Indessen kann die hieraus erwachsende Gefahr für die deutsche Wirtschaft möglicherweise geringer sein, als unter den bisher geltenden Verträgen in einer ähnlichen Lage. Alles in allem bedeutet der Vertrag von Lausanne zwar kaum den Wendepunkt zu einem raschen Konjunkturaufschwung. Er könnte doch aber wohl der erste Schritt zu einer Besserung der Zukunftsaussichten sein.

Überlegen Sie stets

Das Sie für 5 Pfennig viel mehr fordern können, als man Ihnen bisher geboten hat. Verlangen Sie deshalb künftig die 5 Pfennig-Zigarette von 1932:

Sanct Georg, natürlich nikotinarm aber hoch-aromatisch, fast kräftig-würzig.

(Der guten Geschmacks wegen möglichst ohne Gold-Mundstück mahlen!)



Die größten Boxkämpfe des Jahrhunderts.

Einige Kapitel von den Weltmeistern des Boxsports.

Von Curt Seibert.

2. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Ein Gutes hatte diese ganze Aktion gehabt: Dadurch, daß der Spanier Paolino einen Ausscheidungskampf gegen Tom Heeney bestritten hatte, richteten die Amerikaner ihr Augenmerk wieder mal nach Europa. Seitdem Carpentier die Faust nach der Krone der Weltmeisterschaft aller Klassen ausgestreckt hatte, war niemals mehr ein Europäer für diese Kämpfe in Frage gekommen. Jetzt hatte der Basko Paolino Ugubun durch seine unheimliche Härte (er war niemals t. o. geschlagen worden) die Aufmerksamkeit auf sich und damit auf Europa gelenkt, denn er war damals Europameister. Und auf einmal entdeckte auch Europa sein Interesse für Amerika und für amerikanische Dollars. Der Reihe nach wurden eine ganze Menge guter europäischer Schwergewichte über den großen Teich geholt: der Schwede Petterfon, sein Landsmann von Borath (einst Olympiaieger), der Italiener Erminio Spalla, der Engländer Phil Scott, der Belgier Pierre Charles und andere. Wer die Wahl hat, hat bekanntlich die Qual, und die amerikanischen Manager sahen sich plötzlich einer solchen Fülle von Weltmeisterschaftsaspiranten gegenüber, daß sie nicht ein noch aus wußten.

Tom Heeney verlangte einen neuen Weltmeisterschaftskampf, den man ihm auch gern zugestanden hätte. Als Gegner kam wer in Frage? Charley erhob Anspruch, doch die anderen protestierten, und sie waren an Zahl überlegen. Vielleicht hätte ein Mann wie Richard doch noch das Match Heeney-Charley oder im Notfalle Heeney-Dempsey abgewendet, wenn er nicht plötzlich im besten Mannesalter gestorben wäre. Man mag über den raffinierten Geschäftsmann und Kellamessapper denken wie man will, der Boxsport hatte einen seiner besten zu verlieren, und Dempsey, der eine glänzende Reize hieß, meinte echte Tränen an der Richards Grab. Nun war die Situation noch verworrener als vordem, denn nun begannen sich die einzelnen „Nachfolger“ der Richards zu streiten, wer die Berechtigung habe, Weltmeisterschaftskämpfe abzuwickeln, und besonders lagen sich die Städte New York und Chicago zwei Jahre lang in den Haaren. Zwei Jahre lang hatte man eine „Laissez-faire, eine schreckliche Zeit“, aber die Veranstalter machten gute Geschäfte, denn zum ersten Male wurde eine Liste der Meisterschaftsaspiranten aufgestellt, wurden richtiggehende Ausscheidungskämpfe in Szene gesetzt, an denen

sich auch eine Reihe Europäer, jedenfalls unendlich viele Ausländer beteiligten. Zu den oben erwähnten Heeney, Charley, Paolino, Phil Scott, Charles, von Borath, Petterfon und Spalla kamen noch hinzu der Südamerikaner Campolo, die Amerikaner Jack Delaney (Weltmeister im Halbschwergewicht), Tommy Loughran und Johnny Stribling; doch das Publikum wollte so lange nicht warten und verlangte wieder einen neuen Weltmeister.

Einige Veranstalter schlossen sich zusammen und brachten Tom Heeney und Jack Charley zusammen, aber dieser Kampf wurde zu einer Katastrophe und er verdient, aus der Reihe der Kämpfe um die Weltmeisterschaft ausgelöscht zu werden. Beide Kämpfer zeigten so wenig, daß sie ausgepfiffen wurden und man den Kampf nach 15 Runden unentschieden aufgab. Es war der einzige dieser Kämpfe, der ohne Entscheidung endete und der beiden Boxern mehr schadete als nützte.

Ein Deutscher taucht auf!

Im Sommer des Jahres 1928 fand im Berliner Sportpalast ein Kampf statt, der von außerordentlicher Wichtigkeit sein sollte: der junge deutsche Schwergewichtsmeister Max Schmeling wurde durch seinen Sieg über Bonaglia (Italien) Europameister im Schwergewicht, und sein Manager Arthur Döllo teilte nach dem Kampfe mit, daß er mit seinem Schilling, der bereits Verträge habe, sofort nach Amerika starten werde. Niemand in ganz Europa gab dem späteren Weltmeister eine Chance gegen die amerikanischen Schwergewichte; aber Schmeling sollte sich durchsetzen.

Als er in New York landete, fand er eine etwas verärgerte Situation vor: Von den Anwärtern auf die Schwergewichts-Weltmeisterschaft waren bereits ausgeschieden: Spalla, Petterfon und von Borath. Im Rennen „Liesen“ jedoch noch: Campolo, Charley, Risiko, Delaney, Charles, Loughran, Stribling und Paolino. Wenn man die Karriere unseres Weltmeisters Max Schmeling verfolgt, so muß man sagen, daß er neben seinem zweifellos großen Können ungemeines Glück gehabt hat, während Charley ein ausgeglichener Pechvogel gewesen ist, ganz abgesehen von dem Neuseeländer Heeney, den man bereits wieder nach Hause geschickt hatte.

Die ersten drei Gegner Schmeling waren nicht sehr schwer. Er schlug sie alle t. o. Schmeling repräsentierte einen ganz neuartigen Boxertyp: von Statur aus zum Fighter veranlagt, ein ausgezeichneter Techniker, hatte er das Glück, Dempsey ähnlich zu sehen und ihm in seiner Kampfweise zu ähneln. Aber er besaß das beste Auge der Welt, war jederzeit und in jeder Situation im Bilde, kämpfte nicht nur schnell, schlug nicht nur hart, sondern suchte mit kühlem Herzen und erfahrene die wichtigen Situationen des Kampfes mit Blitzschnelle. Dabei war er ein Konterboxer, der zwar ständig angriff und dadurch den Eindruck erweckte, daß er den Gegner rasch fertig machen wollte, der aber selbst bei schnellstem Schlagwechsel niemals die Übersicht verlor, immer darauf wartete, daß sich der andere bei einem Angriff eine Blöße gab, um dann zu kontern, das heißt durch einen Abwehrschlag in Gestalt eines furchtbaren Hakens den Gegner so zu treffen, daß dieser entweder gleich t. o. ging oder aber den Schlag in diesem Kampf nicht mehr verdauen konnte.

Der erste schwere Gegner, gegen den Schmeling boxen mußte, war Johnny Risiko. Man gab dem Deutschen keine Chance, und die Wetten standen 3:1 gegen ihn. Aber die Amerikaner verloren viele Millionen Dollars, denn die Wetten waren hin: Schmeling zerquetschte den Gegner, machte ihn völlig fertig, so daß Risiko, niemals in seinem Leben am Boden (und er hatte gegen Tunney und Dempsey gefochten), stehend ausgezählt wurde! Inzwischen hatte sich Paolino durch Siege über Delaney (der Stribling abfertigte) in die vordere Reihe der Anwärter emporgearbeitet. Aber Charley hatte sowohl Campolo als auch Loughran erlebt und es stand bereits damals Mitte des Jahres 1929 fest: der Sieger aus dem Kampf Schmeling-Paolino darf gegen Charley um die Weltmeisterschaft kämpfen. Das Gescheh zwischen den beiden Europäern wurde zu einer furchtbaren Schlacht, denn hier zum ersten Male konnte Max Schmeling beweisen, daß er ungeheuer hart war, daß er alle schweren Broden des bastischen Holzfällers zu verbauen imstande war, ja, daß man nicht nur schwer schlagen, sondern auch erschlagend boxen mußte, um den Deutschen zu erledigen. Paolino, diese lebende Kampfmaschine, suchte wie ein wütender Stier, aber Schmeling blieb kalt, nahm alles und gab dreifach zurück, und bereits nach sieben Runden war der Spanier mit seiner Kunst zu Ende, blutete aus Nase und Mund und wurde völlig zusammengehauen. Europa staunte, Deutschland jubelte, Amerika aber tippte auf Charley!

(Fortsetzung folgt.)

Öffentliche Mahnung!

Die rückständige staatliche Steuer vom Grundbesitz, der 100 Prozent, staatliche Zuschlag zur Grundbesitzsteuer, die Hauszinssteuer, der städtische Zuschlag zur Grundbesitzsteuer, die Gebühren für Müllabfuhr sowie die Kosten für Sandfangreinigung für den Monat Juli 1932, die Grundsteuer für den Monat Juli (Juni/September 1932), das Schulgeld für die städtischen Mittels-, höheren, Frauen-, Danz-, Handwerker- und Kunstgewerbeschulen für den Monat Juli 1932, die Bürgersteuer, die von den Beteiligten noch nicht an die Steuerkasse zur Abrechnung gekommen ist, ist sofern sie nicht gestundet ist, nebst den bereits entstandenen Verzugszinsen, nunmehr bis zum 21. d. M. zu entrichten.

Vom 22. d. M. an werden die Rückstände im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen.

Eine Behandlung von Mahnzetteln findet nicht statt. Bei Zahlung auf bargeldlosen Wege oder nach der Post muß der Betrag spätestens am dem angegebenen Tage den Kassen portofrei zugeführt werden sein.

Wiesbaden, 15. Juli 1932.

Städtische Steuerkasse.

BESUCHS KARTEN in wenigen Stunden

L. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei Wiesbadener Tagblatt

Nachlaß-Versteigerung.

Montag, den 18. Juli 1932

um 10 Uhr beginnend, durchgehend ohne Pause, im Auftrag der Erben in der Villa

4 Bachmayerstraße 4

(an der Walfmühlstraße)

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung. Zum Aus-

sehen kommen:

1. Silber-, Spiegel- und Kleiderkränze, Kommoden,

Wanduhren, 1. Bilder, 1. Nachtruhe, verschiedene

Teile, 1. Tisch, 1. Koffer, 1. Polsterstuhl, verschiedene

Teile mit Kommoden, Sofa-Garnituren, 1. Singer-

Nähmaschine, Kollonwand, mehr, alte Ölgemälde,

1. Beleuchtungskörper, 1. Kücheneinrichtung,

1. Leuchte, Teppiche und Linoleumbeläge, Partie

Wasser und Kisten, Bett-, Tisch- und Leinwand,

1. Porzellan, 1. Uhr, Schmuckgegenstände, Bettede,

1. Koffer, 1. Koffer, 1. Koffer, 1. Koffer, 1. Koffer,

1. Koffer, 1. Koffer, 1. Koffer, 1. Koffer, 1. Koffer,

1. Koffer, 1. Koffer, 1. Koffer, 1. Koffer, 1. Koffer,

1. Koffer, 1. Koffer, 1. Koffer, 1. Koffer, 1. Koffer,

THALIA Theater

Heute letzter Tag!

Hans Albers

in dem spannenden Filmschauspiel

Die Nacht gehört uns

Wo. 2.30 4.35 6.40 8.45

Wo. bis 5 Uhr Einheitspr. 0.60 u. 1.00 Mk.

Erwerbslose 0.30 und 0.40 Mk.

Berein f. Kinderhorte & Wiesbaden

(Agathe Meritens-Gründung)

Freitag, den 22. Juli 1932, 11 1/2 Uhr, Wohlfahrts-

amt, Zimmer 24

Mitgliederversammlung

Tagesordnung: Jahresbericht, Kassenbericht, Vor-

standswahl, Wahl der Kassenprüfer, Verschiedenes.

Der Vorstand, R. Roether, Vorsitzende.

Apothekendienst in Wiesbaden

vom 16. bis 22. Juli 1932.

Sonn- und Feiertagsdienst und gleichzeitige Nach-

mittagsdienst von 14-24 Uhr. Der Nachmittags-

dienst beginnt Samstag oder am Vortage des gesetzlichen

Feiertags. In der Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr

morgens wird ein geheimer Zuschlag von 1 Mark

für jede Inanspruchnahme erhoben.

Kronen-Apotheke, Gerichtsstraße 9. Fernspr. 27009.

Schönenhof-Apotheke, Langgasse 11. Fernspr. 27029.

Stern-Apotheke, Reichenstraße 19. Fernspr. 26921.

Wilhelms-Apotheke, Luisenstraße 4. Fernspr. 27100.

Apothekendienst in W. Biebrich.

Sonntag, den 17. Juli 1932.

Rosen-Apotheke, Str. der Republik 18. Fernspr. 61495.

Saison schluß-Verkauf

-Plakate erhalten Sie im Druckerei-Kontor Schaller-

halle links, Tagblatt-Haus, oder durch Tel.-Anruf 59631

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf § 53 der Polizeiverordnung betr. die Schornsteine und Feuerstätten vom 20. Juli 1903 wird hierdurch bestimmt, daß der Schornsteinfeger am Tage vor der beabsichtigten Schornsteinreinigung dem Hauseigentümer beziehungsweise Hausverwalter von der bevorstehenden Reinigung der Schornsteine mündlich oder schriftlich Anzeige zu machen hat. Der Hauseigentümer bzw. dessen Verwalter hat alsdann dafür Sorge zu tragen, daß die Bewohner des Hauses von der bevorstehenden Reinigung der Schornsteine rechtzeitig Kenntnis erhalten. Dem Schornsteinfeger wird ferner zur Pflicht gemacht, vor Beginn der Reinigung der Schornsteine den Einwohnern des Hauses, soweit dies möglich, entsprechend Mitteilung zu machen.

Mit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung tritt die Bekanntmachung vom 4. Februar 1898 außer Kraft.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung

betr. den Verkehr mit Kraftfahrzeugen in der

Singert- u. Liebenauerstr.

Auf Grund des § 12 der

Polizei-Verordnung über

die örtliche Verkehrs-

regelung v. 13. April 1929

werden in Ergänzung der

Anlage B II d aus ver-

kehrs- und Verkehrs-

polizeilichen Gründen die

Singert- u. Liebenauerstr.

in der Gemarkung Wies-

baden-Sonnenberg für die

Durchfahrt von Kraftfahr-

zeugen vom 1. März 1931

ab bis auf weiteres ge-

sperri. Fahrten, die in

diesen Straßen ihr End-

ziel haben werden also

von dem Verbot nicht

betroffen.

Der Polizeipräsident:

ges.: Frotschheim.



Wir dürfen im Saisonschluss-Verkauf keine Waren zurückhalten. Wer zuerst kommt, kann sich das Beste aussuchen. Nicht warten! Bei den Schnellkäufern sein! Es lohnt sich!

Beginn: 18. Juli

Schuh-Kuhn

Das große Schuhhaus Wiesbadens

Hauptgeschäft: Bleichstraße 11

Zweiggeschäfte: Wellritzstraße 26

Bleibrich: Straße der Republik 26

2025

Der kürzeste Weg zum Erfolg sind Inserate im

Wiesbadener Tagblatt

Gut und billig!!

Immer zum Linnemann

839

Fruchtpressen 6.50

Einkoch-Apparate, verzt., kompl. 4.25

Einkoch-Apparate, email, kompl. 6.75

Saltbeutel mit Ring 1.00

Geleegläser ab 0.10

Einkochgläser, kompl. . . 1 Ltr. 0.32

Mess. Einkochkessel . . 6.5 Ltr. 5.50

L.D. JUNG Kirchgasse 47

Telephon 27213

Friedrich Krämer

Auktionator und Taxator.

Büro Saalgasse 12, 1. Etage, Büro.

Ständige Übernahme von kompl. Versteigerungen

Art. Nachlässe, Geschäftsausgabe ufm.

Bedienung. Langjähr. Geschäft am Platze.

Ihre Brunn

Wird immer größer, wenn Sie ein schlechtes und lästiges Bruchband tragen. Durch solche Bänder verschlimmert sich das Leiden und kann zur Todesursache werden. (Es entsteht Bruchinfektion, die operiert werden muß und den Tod zur Folge haben kann.) Fragen Sie Ihren Arzt. Hat dieser eine Bandage verordnet, dann muß es in Ihrem Interesse liegen, sich meine äußerst bequeme, unverwundliche Spezial-Bandage anfertigen zu lassen. Durch Tag- und Nachtragen meiner Bandagen haben sich nachweislich Bruchleidende selbst geheilt.

Wertm. H. S. schreibt u. a.: „Mein schwerer Leistenbruch ist geheilt. Ich bin wieder in meinem 66. Lebensjahre ein ganzer und glücklicher Mensch!“ Landwirt H. St. schreibt u. a.: „Ich lebe mich genötigt, Ihnen nach 2 Jahren meinen innigen Dank auszubringen... wurde ich ganz befreit von meinem Leiden.“

Bandagen von 15 RM. an. Für Bruch- und Vorfall-Leidende kostenlos.

u. sprechen in:

Wiesbaden, Montag, 18. Juli von 8—1 Uhr im Hotel „Neuer Adler“, Goethestr. 16.
 Bad Schwalbach, Montag, 18. Juli von 3—5 Uhr im Hotel „Löwenburg“.
 Außerdem **Leibbinder** nach Maß in garantiert unübertroffener Ausführung
 R. Ruffina, Spezialbandagist, Köln, Richard-Wagner-Str. 16. F319



Köln-Düsseldorfer Feriengaben!

Werktags 7.20 Uhr u. 11.20 Uhr außergewöhnl. billige Ferienfahrten n. Stationen Rudesheim bis Bacharach.

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, 7.20 Uhr bis Koblenz hin und zurück nur RM. 3.90.

Montag, 18. Juli, 10 Uhr Ferien-Sonderfahrt nach Bacharach, Niederheimbach, Lorch. Erwachsene und Kinder hin und zurück RM. 1.—.

Mittwoch, 20. Juli, 7.30 Uhr Kunstfahrt nach d. Kaiserstadt Speyer mit Führungen und Besichtigungen. Fahrpreis hin u. zurück RM. 2.50 für Erwachsene, RM. 1.30 für Kinder.

Montags und Donnerstags 8.35 Uhr zweitägige Gesellschaftsfahrten nach Bad Honnef und Königswinter. Fahrpreis Hin- und Rückfahrt, inkl. Übernachtung, Frühstück, Mittag- u. Abendessen 18.50.

Mittwochs, Samstags und Sonntags 18.50 Uhr Abendsfahrt nach Bingen und zurück Mk. 1.70. Samstags und Sonntags Musik an Bord.

Salon-Schiff „Vater Rhein“

fährt auch am **Sonntag, 17. Juli nach Koblenz** und zurück für **nur Mk. 3.—**

nach Rudesheim/Bingen nur Mk. 1.—, St. Goar nur Mk. 2.— für Hin- und Rückfahrt; Kinder die Hälfte. Ferner jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag dieselbe Strecke zu gleichen Preisen. Abfahrt 7.10 Uhr nur am Biebricher Schloß. Aufenthalt in Koblenz 2 1/2 Stunde. — Karten erhältlich bei Carl Schultze, Langgasse 25, Ludwig Engel, Wilhelmstraße 52 und auf dem Schiff.

Der Rhein in Flammen!

Heute Samstag Beleuchtungsfahrt zwischen Mainz und Geisenheim, Abfahrt am Biebricher Schloß 20.30 Uhr. Fahrpreis nur **Mk. 1.—**.

Matulatur

zu haben im Tagbl.-Verlag, Schalterhalle rechts.



Schuhwaren-Groß-Verkauf

neue leiche Modelle enorm billige Preise
chuhhaus Drachmann
 Neugasse 22 301
 Parterre und 1. Stock.

Bismarckring 31, 2. links, Sonn. möbl. Rim. zu verm.

Wichtig

für Hundebesitzer.

Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Kassel hat unterm 19. 11. 1929 eine Polizei-Verordnung über das freie Umlaufen von Hunden erlassen. Danach ist das unbeaufsichtigte Umlaufenlassen von Hunden in den Fluren und Holzungen außerhalb der öffentlichen Wege verboten. Als beaufsichtigt gelten insbesondere:

- Hunde, die von dem Jagdberechtigten zur Abbringung oder spedit Ausübung der Jagd mitgeführt werden;
- Hunde, die angeleitet oder angeleitet sind;
- Hirtenhunde, solange sie zur Überwachung von Herden dienen.

Als unbeaufsichtigt gelten insbesondere Hunde, die Wild bejagen, einer Wildfährte folgen oder sich aus der unmittelbaren Nähe des Besitzers entfernen.

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 RM. bestraft, an deren Stelle im Unvermögens-falle entsprechende Haft tritt. Die Polizei-Verwaltung. ges.: Frohheim.

DIE ETAGE HAT

SAISON-SCHLUSSVERKAUF

VOM 18. JULI

BIS 6. AUGUST

Hier sind meine Angebote:

Herren-Anzüge	Herren-Anzüge	Sport-Anzüge
durchweg feine Qualitäten in aparten Mustern, tadelloser Verarbeitung und Paßform bis-her 50.- jetzt 35.- in Serie 66	tadellos. Cheviots englischer Art, sowie die beliebten glatten Stoffe, gute Zutaten bis-her 35.- jetzt 25.- in Serie 60	zweiteilig, bestehend aus Sakko und Knickerbocker, unbedingt gute Stoffe, in modern. Farben und Mustern 14.-
Herren-Anzüge	Trotz des Preisanstiegs der Elagenpreise habe ich die Restbestände aus voriger Saison	Sport-Anzüge
reinwollene Kammgarne, moderne Streifenmuster, die flotte und beliebte Form bis-her 61.- jetzt 48.- in Serie 72	bis zu 50% im Preise ermäßigt	mit 2 Hosen, mit langer, Knickerbocker- od. Breech-Hose, zum großen Teil reinwollene Stoffe bis-her 50.- jetzt 35.- in Serie 66
Herren-Anzüge	Sport-Anzüge	Sport-Anzüge
reinwollene Maßqualitäten, schweres Aachener Kammgarn, in feinen Dessins bis-her 72.- jetzt 58.- in Serie 77	mit 2 Hosen, mit langer und Knickerbockerhose, durchweg reinwollene, fast unverwundliche Qualitäten bis-her 82.- jetzt 64.- in Serie 79	mit 2 Hosen, lange und Knickerbocker, doppeltgezwirnte, reinwollene Ware, tadellos verarbeitet bis-her 61.- jetzt 48.- in Serie 62
Herren-Anzüge	Sport-Anzüge	Sport-Anzüge
tadelloser Ersatz für Maß, hervorragende Kammgarn- und Cheviot-Qualitäten bis-her 82.- jetzt 64.- in Serie 79	mit 2 Hosen, mit langer und Knickerbockerhose, durchweg reinwollene, fast unverwundliche Qualitäten bis-her 82.- jetzt 64.- in Serie 79	mit 2 Hosen, lange und Knickerbocker, doppeltgezwirnte, reinwollene Ware, tadellos verarbeitet bis-her 72.- jetzt 58.- in Serie 77

Verlangen Sie unverbindlich die Waren-Angebote in den angegebenen Preis-Serien

Eine Extra-Sensation	Eine Extra-Sensation	Eine Extra-Sensation
Herren-Anzüge in ein- und zweifacher Form, aus guten Cheviot-stoffen, solide Ausarbeitung 14⁵⁰	Cord-Sport-Anzüge mit 2 Hosen, lange und Breechhose, der bewährten u. stabilen Strapazierart 24.-	Sport-Anzüge Sakko und Knickerbocker, aus reinwollenen Cheviots, mustergerichtet verarbeitet 25.-

Gabardine - Mäntel	Gabardine - Mäntel	Gabardine - Mäntel
reine Wolle, imprägniert, auf gut. Kunstseide 24.-	schwerere reinwollene Qual., Raglan- oder Slipon-Form 35.-	hervorrag. reinwollene Moulines und Gabardines 55.-
Gummi-Mäntel	Loden-Mäntel	Trenchcoats
bewährte Fabrikate, darunter viele wertvolle Stücke 8⁵⁰	gut imprägnierte Ware, in den bewährten Farben 12⁵⁰	mit Plaidfutter u. Öltucheinlage, beliebte Form 9⁵⁰
Sport-Mäntel	Tussorsakkos	Lüstersakkos
schwarz Lack, mit Stoffkragen, elegantes Tragen 12⁵⁰	der stets moderne, gut waschbare gelbe Sommersakko 3⁷⁵	in schwarz und blau, mit Ärmelfutter, gr. Auswahl 4⁷⁵
Wasch-Anzüge	Waschjoppen	Flanellhosen
aus gutem modernen Wascheinen, für Beruf und Straße 6⁵⁰	in den dankbaren tragfähigen Farben und Formen 1²⁵	gute und tragfähige Ware, in den mod. Streifen 4⁷⁵
Leibhosen	Knickerbockers	Herrenhosen
aus guten Resten gearbeitet, mit stabilen Zutaten 7⁸	aus guten Stoffen englischer Art, gut verarbeitet 3⁵⁰	gute, kammgarnartige Ware in schönen Streifenmustern 1²⁵
Anzughosen	Tirteyhosen	Wanderhosen
mit Rundbund und Umschlag, zu Ihren Sakkos passend 4⁷⁵	fast unverwundliche Ware, in den dankbaren Farben 5⁷⁵	für 3—6 jährige, Wildlederersatz, in braunen Farben 1⁵⁰
Windjacken	Pullover	Herren-Westen
aus imprägnierten Stoffen, in der flotten modernen Form 3⁷⁵	ärmellos, die große Mode, unbedingt gutes Material 1⁵⁰	aus guten Resten gearbeitet, mit stabilen Zutaten 1⁷⁵

Eine Extra-Sensation
Lagermäntel
 für Herren, braunliche Färbung, aus guten Körper Stoffen
1⁷⁵

Eine Extra-Sensation
 Auf Lüstersakkos und gelbe Waschjoppen ohne Ausnahme
20% Rabatt!

Eine Extra-Sensation
Sport-Anzüge
 mit 2 Hosen, mit langer u. Knickerbocker, strapazierfähig, Fuchgratstoff
32.-

Das ganze Lager ist jetzt in Serien eingeteilt und für diese Veranstaltung ungeheuer im Preis herabgesetzt. An Hand der jedem Käufer zur Verfügung stehenden Listen ist es eine Leichtigkeit, sich über die Vorteile selbst zu orientieren.

Bei entsprechender Anzahlung werden gekaufte Kleidungsstücke jeder Art für einen späteren Termin gerne reserviert!

LÖWENSTEIN

Mainz, Bahnhofstraße 13, I. Etage — Größte Auswahl in Herren-Kleidung am Platz